



Gipfel-Nachrichten

Eine Information der GdP für Einsatzkräfte beim NATO-Gipfel 2009

Ausgabe 5
vom 02.04.2009

**Wir sind für
Euch
erreichbar**

Landesbezirk
Baden-Württemberg
GdP Hotline
07000 2255 437

Landesbezirk
Bundespolizei
GdP-Hotline
01577-4435402

Unsere Themen:

GdP vor Ort
**Bericht aus der
Einsatzgeschäftsstelle
der Bundespolizei in
Durbach**
(Seite 1)

Urkunde ausgehändigt
**Im Einsatz zu
Beamten auf Lebens-
zeit ernannt**
(Seite 1)

NATO-Gipfel live
**Oettinger verteidigt
Ausgaben für NATO-
Gipfel**
(Seite 2)

Straßburg
**Straßburger Polizei
und NATO-Gegnern
geraten aneinander**
(Seite 3)

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk Baden-Württemberg
Einsatzgeschäftsstelle Baden-Baden
Hotline: 0700 0 2255 437
V.i.S.d.P. Rüdiger Seidenspinner
Redaktion: Thomas Mohr
Mobile Presse- und Geschäftsstelle
info@gdpmannheim.de
Telefon 01520-1775418

Landesbezirk Bundespolizei
Geschäftsstelle NATO-Gipfel
GdP-Phone 01577-4435405



GdP vor Ort bei den Einsatzkräften in Baden-Baden: v.L. PHK Jens Frede, PHM Wolfgang Renner, PK'in Patrizia Ofer, stv. Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner, GdP KG-Vorsitzender Thomas Mohr und vom geschäftsführenden GdP Landesvorstand Baden-Württemberg Lothar Adolf

Foto: GdP

GdP vor Ort: **Auch in Baden-Baden ist das GdP Service Team im Einsatz**

Baden-Baden: Gestern in Freiburg, heute in Baden-Baden. Das GdP Service-Team ist unermüdlich im Betreuungseinsatz und die Kollegen freuen sich über den Besuch.

Diesmal kam Rüdiger Seidenspinner und Lothar Adolf (beide sind auch im Hauptpersonalrat beim Innenministerium Baden-Württemberg) nach Baden-Baden und brachten den Einsatzkräften z. B. Erdnussriegel, Traubenzucker und den beliebten GdP Karabinerhaken. Der Karabinerhaken wird an der KSA getragen und ermöglicht so, dass man den Einsatzhelm direkt in Brusthöhe tragen kann. Dies erleichtert die Tragart erheblich und behindert nicht

beim schnellen Laufen. Am Koppel getragene Helme schlagen dann oft beim Rennen auf die Oberschenkel und nicht nur dahin.

Rüdiger Seidenspinner und Lothar Adolf kümmern sich unbürokratisch und schnell um alle Belange der Einsatzkräfte. Über die GdP Hotline meldete sich z.B. eine Einheit und bat um Hilfe bei der Verpflegung. Bereits seit drei Tagen gäbe es keine spezielle Verpflegungsbeutel für Vegetarier.

Genau für solche Dinge haben wir unseren Betreuer-Service und unsere Hotline eingerichtet. Auch dieses Problem konnte schnell und unkompliziert beseitigt werden. So muss es sein.

GdP Bundespolizei PR-Einsatzgeschäftsstelle Durbach berichtet:

„Wir können zwar noch nicht über's Wasser gehen..., ...aber darauf wohnen können wir.“

Die Unterbringung von zwei Hundertschaften der Bundespolizei in Kehl entspricht nicht dem üblichen Rahmen. Die BFHu und die TEHu aus Hünfeld sind auf zwei Hotelschiffen im Hafen von Kehl untergebracht. Da einfach nicht genug „normale“ Kapazitäten verfügbar waren, hat man zu dieser außergewöhnlichen Möglichkeit gegriffen. Die Unterkunft trifft bei den Kolleginnen und Kollegen auf ein geteiltes Echo. Leider ist der Standard der Schiffe nicht gleich, weil die vertraglich vereinbarten Bedingungen seitens der Reederei nicht eingehalten wurden. Ein Teil der BFHu konnte kurzfristig in Ausweichquartieren untergebracht werden. Die Unterbringung auf dem schlechte-



ren der beiden Schiffe ist jetzt nach Aussage der Betroffenen gerade noch zumutbar. Auf dem anderen Schiff sind die Umstände deutlich besser.

Dennoch wird die Unterbringung in den zwar recht gut ausgestatteten,

aber kleinen Kabinen, nach einigen Tagen als beengend empfunden.

Eine Einsatzunterkunft einer Hundertschaft mit allem „Gerödel“ ist eben doch nicht mit einem Urlaub auf dem Hausboot vergleichbar. KT

Im Einsatz zu „Beamte auf Lebenszeit“ ernannt

Baden-Baden: Es war kein Aprilscherz als der Dienststellenleiter des Einsatzzuges Mannheim, PHK Uwe Steindl, heute, in Vertretung des Mannheimer Polizeipräsidenten Gerhard Klotter, vier Beamte die begehrte Urkunde aushändigte. Polizeimeister Waldemar Strauch, Polizei-

meister Daniel Wagner, Polizeimeister Andreas Stier und Polizeioberrmeister Stefan Schäfer sind nun „Beamte auf Lebenszeit“.

Wir gratulieren den frisch „Ernannten“ recht herzlich und wünschen noch einen ruhigen Dienst beim NATO-Gipfel.





Psychologe: Druck auf Polizisten bei NATO-Gipfel enorm

01.04.2009 Freiburg. Großdemonstrationen und Proteste, wie gegen den Nato-Gipfel am Oberrhein, sind für Polizisten nicht bloß körperlich anstrengend. Sie sind auch psychisch belastend. „Der Druck auf die Polizeibeamten ist enorm“, sagte der Polizeipsychologe Joachim Kepplinger in Freiburg. Komme es zu Gewalt, sei jeder Polizist betroffen. Auch erfahrene Beamte müssten das Geschehen verarbeiten. „Übergriffe und Verletzungen sind potenziell traumatisierende Erfahrungen. So etwas schüttelt man nicht einfach aus dem Einsatzanzug.“

Beim Nato-Gipfel werden Polizisten von speziell geschulten Mitarbeitern des polizeilichen Krisenmanagements betreut. „Wir werden etwa 30 Konfliktberater im Einsatz haben, sie stehen rund um die Uhr zur Verfügung“, sagte Kepplinger. Hinzu kommen rund 20 Mediziner und Polizeiseelsorger. Der Nato-Gipfel sei eine Premiere. „Eine Betreuung der Polizisten in dieser Größenordnung hat es in Deutschland noch nie gegeben.“



Oettinger verteidigt Ausgaben für Gipfel

Stuttgart (ddp/stn) - Ministerpräsident Günther Oettinger hat angesichts der Kosten für den Nato-Gipfel in Baden-Baden auch auf den Nutzen für das Land hingewiesen. Wirtschaftlich, vor allem im Tourismus, könne das Land von dem Treffen nur profitieren, sagte Oettinger am Dienstag in Stuttgart. Andere Länder würden Baden-Württemberg um den Gipfel beneiden. „Das ist schon was, über das wir uns gemeinsam freuen sollten“, fügte er hinzu. Dass der Gipfel auch Auswirkungen für die Bürger haben werde, sei „absehbar und klar“ gewesen, sagte Oettinger. Das Treffen aber stattdessen auf ein Schiff zu verlegen, wäre aus Sicht Oettingers „jämmerlich“ gewesen.



Für die Kosten des Gipfels sind im Landeshaushalt 30 Millionen Euro vorgesehen. Möglicherweise kommen weitere 20 bis 25 Millionen hinzu. „Das hängt von der Einsatzlage ab“, sagte In-

Quelle: Stuttgarter Nachrichten

nenminister Heribert Rech am Dienstag. Eine mögliche Kostenbeteiligung durch den Bund könne erst nach dem Gipfel geklärt werden. Oettinger betonte, dass man mit dem Kanzleramt „im Gespräch“ sei, was eine Kostenteilung angehe. Derweil können die Gipfelgegner erste Erfolge verzeichnen. Am Dienstagabend wurde dem Widerspruch zweier junger Stuttgarter gegen die Beschränkung ihrer Reisefreiheit gerichtlich stattgegeben. Die Polizei hatte sie wie rund hundert weitere Linke mit Meldeauflagen belegt, damit sie nicht zu den Protesten anreisen. Als Begründung wurde die Gefahr von Gewalttaten genannt. „Dafür hat es aber keine juristische Grundlage gegeben“, sagt einer der beiden Männer. Nach dem Urteil wollen jetzt weitere Betroffene Widerspruch einlegen.

Straßburger Polizei und NATO-Gegner geraten aneinander

Am Stadtrand von Straßburg ist es im Camp der NATO-Gegner zu Zwischenfällen zwischen ihnen und der Polizei gekommen. Vermummte Aktivisten hätten Steine gegen Polizeifahrzeuge geworfen, sagte ein Sprecher der Präfektur in Straßburg. Daraufhin hätten die Beamten Tränengas eingesetzt. Von

den NATO-Gegnern hieß es hingegen, die Polizei hätte nach Ausweiskontrollen Tränengas und Schockgranaten gegen eine Gruppe von etwa 150 NATO-Gegnern eingesetzt. Verletzt wurde niemand. Gegen 23.00 Uhr habe sich die Lage beruhigt, hieß es. Die NATO-Gegner klagten, dass zahlreiche Aktivisten an der

Einreise nach Frankreich gehindert würden. Sie haben für heute Mittag um 12.00 Uhr zu einer Solidaritätsaktion mit Festgenommenen und Zurückgewiesenen an der Europabrücke Kehl aufgerufen. In Straßburg ist heute Mittag die erste Kundgebung gegen den NATO-Gipfel am Freitag und Samstag geplant.



Quelle: www.swr.de

Baden-Baden: Zulassungsverfahren zum NATO-Gipfel unzulässig

Das Akkreditierungsverfahren für Journalisten zum NATO-Gipfel ist unzulässig. Das entschied das Verwaltungsgericht in Wiesbaden. Geklagt hatten zwei Reporter, denen die Anmeldung verweigert worden war.

Das Bundeskriminalamt (BKA) habe ohne Rechtsgrundlage Informationen über Journalisten an das NATO-Hauptquartier in Belgien weitergegeben, urteilte das Gericht in der hessischen Landeshauptstadt. Auf Basis der BKA-Angaben war zwei Pressevertretern die Akkreditierung abgelehnt worden. Dabei hatte die NATO auf eine negative Einschätzung des BKA verwiesen. Das NATO-Hauptquartier hatte den Antrag eines Journalisten zunächst ohne Begründung abgelehnt, berichtete das Gericht. Auf Nachfragen erfuhr der freiberufliche Fotograf dann von dem negativen Votum des BKA.

Die Behörde hatte den Bewerber mit ihrem polizeilichen Informationssystem INPOL überprüft. Darin war dem Journalisten der Hinweis "Straftäter linksorientiert" zugeordnet. Anhaltspunkte für eine rechtskräftige Verurteilung gab es aber nicht, sondern nur von Verfahren, die eingestellt wurden oder



in denen der Journalist freigesprochen worden war. Hinzu kam ein noch nicht abgeschlossenes Strafverfahren.

Gericht: Keine Rechtsgrundlage für Weitergabe

Das Gericht entschied nun in einem Eilverfahren, dass die Übermittlung der Bewertung an das NATO-Hauptquartier offensichtlich rechtswidrig sei. Dafür gebe es keine Rechtsgrundlage. Die Weitergabe von Informationen im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung sei nach dem BKA-Gesetz nur zulässig, wenn dies dem Schutz von Verfassungsorganen des Bundes diene, begründete das Gericht seine Entscheidung. Zudem dürf-

ten Daten an NATO-Truppen in Deutschland weitergegeben werden, nicht aber an das NATO-Hauptquartier in Belgien.

Das Gericht hielt die Ablehnung aber auch sachlich für unbegründet. So habe das BKA keine Ermittlungsakten für sein Votum hinzugezogen. Es dränge sich der Eindruck auf, das BKA habe es bei einer Pauschal Auskunft belassen. Das Gericht verpflichtet das BKA in der Entscheidung die zur Akkreditierung des Fotojournalisten abgegebene Einschätzung zurückzuziehen und dem NATO-Hauptquartier zu erklären, das Votum sei unzulässig. (AZ: 6 L 353/09.WI und 6 L 354/09.WI)
Quelle: www.swr.de



NATO-Gipfel 2. - 5. April 2009
Rund um die Uhr
- schnelle und unkomplizierte Hilfe:
07000-CallGdP
(07000-2255437)
natogipfel@gdp-bw.de



GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
GENAU DIE PASSENDE!

Wenn Du
Hilfe
brauchst!
Die GdP
ist für Dich
da!

